



Wahlen und Macht



Nationale Parlamente haben viele Möglichkeiten zur Einflussnahme und nutzen sie sehr unterschiedlich. Im Bild: das Europäische Parlament. Foto: EP

- Binnenmarkt und Wettbewerb
- Digitale Agenda
- Energie und Klimaschutz
- Entwicklungspolitik
- Erweiterung und Nachbarn
- Europa 2020 und Reformen
- Finanzen und Wachstum
- Forschung und Innovation
- Globales Europa
- Infrastruktur und Verkehr
- Landwirtschaft und Ernährung
- Österreich
- Regionalpolitik
- Ressourcen und Umwelt
- Soziales Europa
- Stadt der Zukunft
- Ukraine und EU
- Unternehmen und Arbeit
- Verbraucherschutz
- Wahlen und Macht**

Suche in Deutsch:

Search in English:

Like 0 Tweet 0

Aktuell - Mittwoch 6 Februar 2013 - Wahlen und Macht

ÖGfE Policy Brief

Europas Schuldenkrise: Parlamente unter Druck

Im gegenwärtigen Krisenmanagement dominieren die Regierungen das Geschehen. Dennoch haben nationale Parlamente Möglichkeiten der Einflussnahme – nutzen sie aber sehr unterschiedlich. Ein ÖGfE-Policy Brief von Oliver Höing und Christine Neuhold.

Die gegenwärtige Eurokrise wird in der öffentlichen Debatte oft als eine Finanz- und Schuldenkrise dargestellt. Es geht dabei leicht unter, dass die Krise ihre tiefere Ursachen vor allen Dingen in einer unzureichenden Effektivität und Legitimation europäischer Institutionen hat. Effektivität und Legitimation stehen dabei in einem deutlichen Spannungsverhältnis zueinander.

Europäische Institutionen sind auch heute noch, trotz aller Reformbemühungen, nicht in der Lage, effektiv auf übermäßige Haushaltsdefizite in EU Mitgliedsstaaten zu reagieren. Auch verfügen sie über keine ausreichende demokratische Legitimation, um umfangreiche finanzielle Hilfen für kriselnde Mitgliedstaaten bereitzustellen.

Die Europäische Union bleibt ein Verbund von Staaten, der sich größtenteils aus den Beiträgen seiner Mitglieder finanziert und über keine eigenen finanziellen Ressourcen verfügt. Somit musste das Krisenmanagement von Anfang an zwischen souveränen Nationalstaaten koordiniert werden.

Die "Vergipfelung" der Krisenpolitik

Die Folge ist, wie der Präsident des Europäischen Parlamentes, **Martin Schulz**, es ausdrückt, eine "Vergipfelung" der Krisenpolitik, welche demokratische Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene sehr leicht umgeht.

Obwohl einige Parlamente, wie beispielsweise der österreichische Nationalrat, in Sitzungen des EU-Hauptausschusses die Gipfeltreffen regelmäßig vorbereiten und teilweise Handlungsempfehlungen für ihre Regierungen aussprechen, ist deren Einfluss faktisch sehr begrenzt.

Das "demokratische Defizit" der Europäischen Union hat sich deshalb seit dem Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise noch einmal verschärft. Dies ist durchaus paradox, da der als „Vertrag der Parlamente“ gefeierte Lissabonner Vertrag seit 2009 die Rolle der Parlamente in der EU ursprünglich deutlich gestärkt hatte.

Rettungspolitik in der juristischen Grauzone

Vor allen Dingen die Erforderlichkeit einer schnellen Reaktion auf Turbulenzen auf den internationalen

Das könnte Sie auch interessieren



EU-Fischereipolitik: Diese Reform kann Fische und Fischer retten

Björn Carlson, Gründer von BalticSea2020, richtet sich mit dem nachfolgenden Appell an die Europaabgeordneten. Sie... [mehr](#)



Samsung Galaxy S III mit megaschnellem LTE

Nur 79,95 €! im Tarif Complete Mobil M. Drei Monate LTE-Highspeed inklusive!1 Jetzt LTE erleben! [mehr](#)
 ANZEIGE



Schweiz will Zuwanderung aus der EU bremsen

Die Schweiz will den Zuzug von Arbeitskräften aus der EU offenbar weiter einschränken. Die Regierung steht innenpolitisch... [mehr](#)



Agrarsubventionen - Liste deutscher Empfänger 2011

Die Liste der Empfänger von EU-Agrarsubventionen 2011 ist online. Die Datenbank der Bundesanstalt für Landwirtschaft und... [mehr](#)

powered by plista

2014-2020

5 März 2013 **Finanzen.** Währung. Europa - alles in der Krise?

[Zur Übersicht](#)

13 März 2013 **Jahresfachtagung EU-Fonds in deutscher Praxis: den Übergang zur neuen Förderperiode 2014-2020 gestalten**

13 März 2013 **8th European**

Manager, European Policy, Band C

Post-doc researchers

Event Officer

Project Assistant (m/f)

Junior researcher in the field of Solar Heating and Cooling
[mehr...](#)

Kooperation für barrierefreie Elektromobilität

EU-Fonds in deutscher Praxis bleiben eine anspruchsvolle Herausforderung

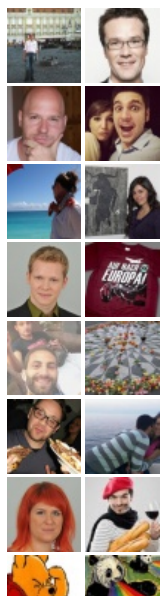
Press Release: European Knowledge Award 2013

Bayer foundation cooperates with Humboldt Foundation: EUR 3 million for new Humboldt-Bayer research

Find us on Facebook



1,669 people like EurActiv.de.



- Fördern Sie EurActiv
- EurAkteur-Netzwerk
- YellowPaper von EurActiv
- SpecialReports von EurActiv
- Presstexte auf EurActiv

[Werbung auf EurActiv](#)
[EUX.TV auf EurActiv](#)
[LinkDossiers von EurActiv](#)
[Europa-Jobs](#)
[Europäische Agenda](#)
[Partner von EurActiv](#)
[EurActiv als Medienpartner](#)
[Mitwirken bei EurActiv](#)

[Redaktion](#)
[Marketing](#)
[Jobs bei EurActiv](#)
[Büro in Brüssel](#)
[Netzwerk in Europa](#)
[AGB und Datenschutz](#)
[Feedback und Korrekturen](#)
[Impressum und Copyright](#)

[EurActiv.com](#)
[EurActiv Frankreich](#)
[EurActiv Polen](#)
[EurActiv Tschechien](#)
[EurActiv Slowakei](#)
[EurActiv Ungarn](#)
[EurActiv Türkei](#)
[EurActiv Bulgarien](#)
[EurActiv Rumänien](#)
[EurActiv Serbien](#)
[EurActiv Spanien](#)
[EurActiv Griechenland](#)
[EurActiv Italien](#)
[EurActiv auf Facebook](#)
[EurActiv auf Twitter](#)
[EurActiv auf Linked-In](#)
[Bloggen über Europa](#)

Finanzmärkten erschwert eine umfängliche Einbindung nationaler Volksvertretungen. Unter dem Druck der Märkte haben die europäischen Staats- und Regierungschefs seit Ausbruch der Griechenland-Krise 2010 vor allen Dingen auf zahlreichen Gipfeltreffen Maßnahmen verabschiedet, die von ihren Parlamenten später lediglich abgesegnet werden konnten.

Sogenannte Rettungsschirme wie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) oder aber auch der europäische Fiskalvertrag sind dabei außerhalb des EU Rechtsrahmens etabliert worden.

Die EU ist zunehmend mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass nicht alle Mitgliedsstaaten alle Rettungsmaßnahmen im gleichen Umfang mittragen wollten. So entstehen intergouvernementale Verträge, welche von den Regierungen innerstaatlich wie Außenpolitik behandelt werden – mit der Konsequenz, dass Parlamente mit erheblich schwächeren Beteiligungsrechten ausgestattet sind, da Außenpolitik klassischerweise immer noch eine Domäne der Exekutiven darstellt.

Möglichkeiten zur Einflussnahme

Man muss sich jedoch vor Augen halten, dass EU-Rettungsschirme oder der Fiskalvertrag nicht nur einmalig auf europäischen Gipfeln beschlossen und anschließend einmalig von nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Im Gegenteil: im Rahmen der EU-Rettungsschirme wird sowohl über Rettungspakete für kriselnde Staaten als auch über einzelne finanziellen Tranchen aus eben diesen Rettungspaketen regelmäßig politisch entschieden.

Auch ermöglicht der Fiskalvertrag den nationalen Parlamenten fortan gemeinsam mit dem Europäischen Parlament über die künftige Haushaltspolitik in Europa zu diskutieren (Fiskalvertrag, Art. 13). Und auch das Europäische Semester – ein jährlich wiederkehrender Zyklus zur besseren Koordination der Haushaltspolitiken der Mitgliedsstaaten – erlaubt es nationalen Parlamenten frühzeitig auf die Gestaltung ihrer nationalen Haushaltsentwürfe Einfluss zu nehmen.

Die Ausgestaltung dieser Beteiligungsmöglichkeiten zeigt jedoch eine erhebliche Varianz in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Während der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages – insbesondere auch aufgrund entsprechender Urteile des Bundesverfassungsgerichtes – für jede Tranche eines Rettungspaketes seine Zustimmung geben muss, sind einige Parlamente nicht einmal in die Entscheidung über ein Rettungspaket eingebunden.

In den meisten Fällen, so auch in Österreich, sind Regierungen lediglich verpflichtet, das Parlament regelmäßig über Aktivitäten innerhalb des Rettungsschirmes zu unterrichten.

Darüber hinaus erfordert die gemeinsame Diskussion über die künftige Haushaltspolitik in Europa, wie es der Fiskalvertrag vorsieht, ein erhebliches Maß an interparlamentarischer Kooperation. Dieses verhältnismäßig neue Instrument der Einflussnahme nationaler Parlamente hängt allerdings stark von den finanziellen und zeitlichen Ressourcen der einzelnen Parlamentarier ab und wird bisher auch unterschiedlich stark genutzt.

Darüber hinaus betrachten viele Parlamente das Europäische Semester als einen eher administrativen Vorgang. Nur wenige Kammern ziehen bisher in Betracht, ihre parlamentarischen Beratungsverfahren zu ändern, um bereits im Vorfeld Einfluss auf die Ausgestaltung ihrer Haushaltsentwürfe zu nehmen.

Festzuhalten bleibt deshalb, dass Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik von nationalen Parlamenten bisher sehr unterschiedlich genutzt werden.

Hauptaufgaben von nationalen Parlamenten

Unabhängig von der Nutzung formaler Einflussmöglichkeiten kommt nationalen Parlamenten eine allerdings noch viel entscheidender Rolle zu: primär nationale Parlamente können die gegenwärtige EU Krisenpolitik öffentlich diskutieren und den Wählern erklären.

Nur dies erlaubt es den Bürgern, sich ein ausgewogenes Bild über die Arbeit der Parlamentarier zu machen und mit diesem Wissen Wahlentscheidungen zu treffen.

Auch wenn zu Recht beklagt wird, dass die Rolle nationaler Parlamente im gegenwärtigen Krisenmanagement marginalisiert wurde, können nationale Parlamente sehr wohl auf die langfristigen Linien der Europapolitik Einfluss nehmen.

Sie mögen in Krisenzeiten ihren Regierungen häufig die Letztentscheidung über konkrete Krisenmaßnahmen anvertrauen müssen. Sie sind jedoch das einzige Bindeglied zwischen Wählern und Regierung, welches die europäische Rettungspolitik transparent und damit auch ein Stück weit demokratischer machen kann.

Die Autoren

Oliver Höing ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean Monnet Lehrstuhl der Universität zu Köln. Seit 2010 promoviert der Politikwissenschaftler zum Thema "Nationale Parlamente in der Finanz- und Wirtschaftskrise".

Dr. Christine Neuhold ist Associate Professor of European Governance (Europäisches Regieren) an der Universität Maastricht. Sie ist Direktorin des Forschungs-Masters für Europäische Studien und Koordinatorin eines internationalen Netzwerkes zur inter-institutionellen Kooperation.

[fellowships](#)
[Elektromobilität testen und die Lausitz erleben](#)
[Zur Übersicht](#)

[EN 5995/13](#)
[EN 5746/13](#)
[EN 5996/13](#)
[EN 5974/13](#)
[EN 6001/13](#)
[Zur Übersicht](#)



Link

EurActiv.de bringt diesen Beitrag gekürzt. In voller Länge finden Sie den englischsprachigen Originalartikel mit dem Titel "*National parliaments in the financial crisis / Between opportunity structures and action-constraints*" [hier](#).



Alle Beiträge einer Rubrik



Europas Schuldenkrise: Parlamente unter Druck

Im gegenwärtigen Krisenmanagement dominieren die Regierungen das Geschehen. Dennoch haben ...

[Lesen Sie weiter](#)

Britische Pro-EU-Kampagne gegen Camerons "EU-Lügen"

EU kritisiert Rumäniens Umgang mit Justiz und Korruption
Ohne England wäre Berlin das Problem
David Cameron, die EU und der Umweltschutz

Sektionen

- Binnenmarkt und Wettbewerb
- Digitale Agenda
- Energie und Klimaschutz
- Entwicklungspolitik
- Erweiterung und Nachbarn
- Europa 2020 und Reformen
- Finanzen und Wachstum
- Forschung und Innovation
- Globales Europa
- Infrastruktur und Verkehr
- Landwirtschaft und Ernährung
- Österreich
- Regionalpolitik
- Ressourcen und Umwelt
- Soziales Europa
- Stadt der Zukunft
- Ukraine und EU
- Unternehmen und Arbeit
- Verbraucherschutz
- Wahlen und Macht

Services

- Fördern Sie EurActiv
- EurAkteur-Netzwerk
- YellowPaper von EurActiv
- SpecialReports von EurActiv
- Presstexte auf EurActiv
- Werbung auf EurActiv
- EUX.TV auf EurActiv
- LinkDossiers von EurActiv
- Europa-Jobs
- Europäische Agenda
- Partner von EurActiv
- EurActiv als Medienpartner
- Mitwirken bei EurActiv

Über uns

- Redaktion
- Marketing
- Jobs bei EurActiv
- Büro in Brüssel
- Netzwerk in Europa
- AGB und Datenschutz
- Feedback und Korrekturen
- Impressum und Copyright

© EMM Europäische Multiplikatoren-Medien GmbH
Technology and Design by MONOGRAM



Free download

Auch interessant:



Samsung Galaxy S III mit megaschnellem LTE
Nur 79,95 €1 im Tarif Complete Mobil M. Drei Monat Highspeed inklusive!1 Jetzt LTE erleben! [mehr](#)

powerrec